

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 28.

Berlin, den 11. Juli 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Soziale Fragen in amtlichem Lichte. — Steuerpflicht der
in Preußen beschäftigten Angehörigen anderer Bundesstaaten.
— Nochmals „Eichweiler“. — Rundschau: Sichere dich in der
Zeit. — Der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und
die Wahl der Beamten der Gewerkschaften zu den Arbeitskammern.
Scharfmacherpraktiken. Die Arbeitslosenunterstützung in Bayern.
Die italienische Regierung und die Arbeiterausweiskarten. —
Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Bochum.
Königsberg. Duderstadt. Olpe. Königsberg i. Pr. — Soziale
Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten. — Ver-
bändnachrichten. — Steuerpflicht.

Soziale Fragen in amtlichem Lichte.

Einen besonderen Wert haben die regelmäßig im
Frühjahr erscheinenden Besuche der preussischen Gewerbe-
aufsichtsbeamten dadurch beansprucht, daß sie über
bestimmte soziale Fragen, die sich als dringend heraus-
stellen, besondere Erhebungen zu bringen pflegen. Um
zu erkennen, welche Bedeutung solche Sonderreferate für
die sozialpolitische Behandlung und Förderung einer be-
stimmten sozialen Frage haben, kann man z. B. nur an
die mehrfachen Enquêtes der Gewerbeaufsichtsbeamten
über die Frauenarbeit in Fabriken. Wenn diese im
letzten Jahre eine weitgehendere, der Eigenart der weib-
lichen Arbeitskraft gerecht werdende gesetzliche Regelung
gefunden hat, so war das nur möglich, nachdem die
männlichen Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten
Licht in die Frage hineingetragen und dadurch mitgeholfen
hatten, sie für eine gesetzgeberische Behandlung reif zu
machen.

Im Jahre 1908 haben nun die preussischen Gewerbe-
aufsichtsbeamten insbesondere Sonderreferate erstattet
über die Vermittlung der Gewerbeaufsichtsbeamten bei
Streiks und Aussperrungen, den Wert der Arbeitsbücher,
die Verdrängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit
in Fabriken, den Umfang der 24stündigen Wechselschicht
sowie die Bestrebungen zu deren Beseitigung in den letzten
Jahren, und endlich über die Beurlaubung von Arbeitern
unter Weiterzahlung des Lohnes oder Gewährung von
Urlaubsbeihilfen. Da wird nun zunächst konstatiert, daß
die Arbeitsbücher ihren vornehmlichsten Zweck, den
man bei ihrer Einführung im Auge hatte, nicht erreicht
haben, wenn auch andererseits gewisse günstige Wirkun-
gen nicht zu verkennen sind. Ihre Beibehaltung ist
daher sehr fraglich, vor allem überflüssig geworden. Und
die für den Gewerbeaufsichtsdienst nötige Kontrolle läßt
sich auch auf andere Weise erreichen. Die Sitten der
Urlaubserteilung nimmt von Jahr zu Jahr zu, wenn
auch von einer tariflichen oder ähnlichen Verpflichtung
dazu erst in wenigen Fällen die Rede sein kann. Sie ist
am meisten üblich in Betrieben des Staates und der
Kommunen sowie in den sogenannten Saisonindustrien.
Die Erfahrungen, die man mit dieser Sitten gemacht hat,
sind günstig; unverkennbar ist, daß in vielen Fällen die
Urlaubserteilung nicht zum wenigsten im Interesse des
Arbeitgebers liegt.

Was nun die übrigen drei Punkte anbetrifft, so ist
zunächst zum Punkte: Vermittlung der Gewerbeaufsichts-
beamten bei Streiks und Aussperrungen, festzustellen, daß
die Frage insofern zu unglücklicher Zeit gestellt war, als
das Vorjahr mit seiner außerordentlich schlechten Wirt-
schaftskonjunktur auf beiden Seiten zu starker Zurück-
haltung führte, bei den Arbeitern hauptsächlich Angriffs-
bewegungen vermieden wurden. Letztere legten vielmehr
das Schwergewicht darauf, die früher erzielten Errungen-
schaften zu behaupten. Unter solchen Umständen konnte
von einem Eingreifen der Gewerbeaufsichtsbeamten nur
in seltenen Fällen die Rede sein. Das Anrufen der Be-
amten als Vermittler erfolgte öfters seitens der Arbeiter,
als der Arbeitgeber — von ersteren vielfach vermittelt
der Gewerkschaftsbeamten — wie andererseits die Arbeit-
nehmer zu Verhandlungen, auch wenn sie den Gewerbe-
inspektor selbst nicht angerufen hatten, eher bereit waren
als die Arbeitgeber. In vielen Fällen scheiterten auch
die Vermittlungsversuche der Gewerbeaufsichtsbeamten
überhaupt aus dem einfachen Grunde, weil beide Teile
eine Anrufung der Gewerbegerichte als Einigungsämter
bei deren paritätischer Zusammensetzung vorzuziehen
pfliegen.

Die Untersuchungen über das Vorkommen der 24-
stündigen Wechselschicht ergaben im allgemeinen,
daß diese Arbeitsmethode mit ihrem großen und darum
auch die Dauer für den menschlichen Organismus außer-
ordentlich anstrengenden Kräfteverbrauch leider noch viel
häufiger vorkommt, als es wünschenswert und tatsächlich
auch notwendig wäre. Die Schuld für ein unnötiges Fest-
halten liegt auf beiden Seiten: die Arbeitgeber wollen
vielleicht nicht für genügend Ersahleute sorgen, die Arbeit-
nehmer wollen, wie z. B. der Bromberger Beamte betont,
denn die längere Zeit am Sonntag arbeiten, wenn sie

dafür am andern Sonntag 24 Stunden frei haben“. Der
Grund bei den Arbeitern allerdings muß anders be-
wertet werden, da er in der langen Arbeitszeit über-
haupt liegt. Und doch stellt die 24 stündige Wechselschicht,
wie der Kölner Gewerberat in eindringlicher Weise
bemerkt, „eine bedenkliche Erscheinung des gewerblichen
Lebens dar, deren Beseitigung oder weitere Einschränkung
unter allen Umständen angestrebt werden muß. Diese
Notwendigkeit entspringt aber nicht nur aus Gründen des
Arbeitserschutes, sondern auch aus allgemeinen staat-
lichen Gesichtspunkten, da der Staat ein ganz hervor-
ragendes Interesse an der Erhaltung der Volkskraft hat,
mit der in kontinuierlichen Betrieben besonders ver-
schwenderisch umgegangen wird.“ Derselbe Beamte
schreibt dann gegenüber den bisher vielfach erfolglos ge-
bliebenen Bestrebungen zur Einschränkung der über-
mäßigen Ausdehnung der Arbeitszeit: „Sie muß ge-
funden werden in den Vorschriften der §§ 120a bis 120e
der G.-O., die eine Arbeitszeit von solcher Dauer, daß
sie schlechthin als gesundheitsschädlich anzusehen ist oder
durch die Verhältnisse an der Betriebsstelle gesundheits-
schädlich wird, nicht zulassen.“

Eine ganz besonders wichtige Frage ist auch die nach
einer eventuellen Verdrängung der Männer-
arbeit durch Frauenarbeit. Vergleicht man die
einfachen Zahlen, so scheint ein solches Zurückdrängen
auf der ganzen Linie der Fall zu sein. Vom Jahre 1907
auf 1908 ist in den Fabriken und denen gleichgestellten
Anlagen die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 3 069 498
auf 3 019 498 gefallen, und zwar die Zahl der Arbeiterinnen
über 16 Jahre von 563 100 auf 560 309 und die Zahl der
männlichen Arbeiter über 16 Jahre von 2 277 642 auf
2 230 381. Die Abnahme um 1,6 Prozent ist also bei den
Männern viel größer als bei den Frauen, nämlich 0,5 Pro-
zent. Gleichwohl kann von einer solchen allgemeinen
Verdrängung der Männerarbeit durch die Frauenarbeit
keine Rede sein, vielmehr sind es in der Regel einzelne
Industriezweige, in welchen sich eine derartige Tendenz
bemerkbar macht. Wesentlich bestimmend sind hierfür
zwei Momente. Als ein solches hebt der Beamte für
den Berliner Landespolizeibezirk die technische Ent-
wicklung hervor, die die wachsende Einführung von
Spezialmaschinen mit daran anschließender weitgehender
Arbeitsteilung, die wiederum die Frauenbeschäftigung an-
reize, im Gefolge habe. Der Kölner Beamte nennt das
wachsende Bestreben, die Frau als billigere Arbeitskraft,
zur Verbilligung der Herstellungskosten heranzuziehen, als
den zweiten Grund, der in manchen Fabrikationszweigen
zu einer vermehrten Verwendung der Frauenhände führe.
Beklagt muß es werden, daß Frauen vielfach in Industrie-
zweige eingerückt sind, in denen ihre Beschäftigung nicht
ohne starke Bedenken ist.

Nachdem so durch die Einzeluntersuchungen der preußi-
schen Gewerbeaufsichtsbeamten über die Fragen der Ver-
drängung der Männerarbeit durch Frauenarbeit — speziell
hier die Abdrängung der Frau in ungesunde Beschäf-
tigungsarten — sowie die 24stündige Wechselschicht weiteres
Licht verbreitet worden ist, wäre zu wünschen, daß dieses
Material seine entsprechende Verwertung und Würdigung
finden möge, wenn die Gesetzgebung es für gut hält, in
diese Frage regulierend einzugreifen!

~~~~~

Wenn du der Stunde dienst, beherrscht du die Zeit;  
Wirt' auf den Augenblick! er wirft in Ewigkeit.

Friedr. Rückert.

~~~~~

Steuerpflicht der in Preußen beschäftigten Angehörigen anderer Bundesstaaten.

Aus Anlaß unseres Artikels in Nr. 22 der „Baugewerkschaft“
sind uns mehrfach Zuschriften aus Kollegienkreisen zugegangen,
welche die Frage aufwerfen, inwiefern Nichtpreußen, welche
in Preußen beschäftigt sind, aber ihren Wohnsitz bei der Familie
in einem anderen Bundesstaate beibehalten haben, in Preußen
zur Einkommensteuer herangezogen werden können.

Diese Frage hängt mit dem in unserem früheren Artikel
näher besprochenen „Wohnsitz“ zusammen. Wenn der Kol-
lege im Heimatstaate seinen Wohnsitz beibehalten hat, so kommt
das Reichsgesetz betreffend die Beseitigung der Doppelbesteuerung
zur Anwendung, welches folgende Bestimmung trifft:

§ 1. Ein Deutscher darf zu den direkten Staatssteuern
nur in demjenigen Bundesstaate herangezogen werden, in
welchem er seinen Wohnsitz hat.

Einen Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes hat ein Deutscher
an dem Orte, an welchem er eine Wohnung unter Umständen
inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Beibehaltung
einer solchen schließen läßt.

§ 2. Ein Deutscher, welcher in keinem Bundesstaate einen
Wohnsitz hat, darf nur in demjenigen Staate, in welchem
er sich aufhält, zu den direkten Staatssteuern herangezogen
werden.

Hat ein Deutscher in seinem Heimatstaate und außer-
dem in anderen Bundesstaaten einen Wohnsitz, so darf er
nur in dem ersten zu den direkten Staatssteuern heran-
gezogen werden.

In Bundes- oder Staatsdiensten stehende Deutsche dürfen
nur in dem ersten Bundesstaate besteuert werden, in welchem
sie ihren dienstlichen Wohnsitz haben.

§ 3. Der Grundbesitz und der Betrieb eines Gewerbes,
sowie das aus diesen Quellen herrührende Einkommen darf
nur von demjenigen Bundesstaate besteuert werden, in welchem
der Grundbesitz liegt oder das Gewerbe betrieben wird.

Diese Vorschriften finden aber nur unmittelbar Anwendung
auf die Heranziehung zur Staatsinkommensteuer;
mittelbar beeinflussen sie allerdings auch die Gemeindeein-
kommensteuer, weil diese in Preußen als Zuschlag zu den
Staatssteuern erhoben wird. Solche Kollegen, die hiernach in
Preußen unrechtmäßigerweise zur Staatssteuer herangezogen
werden, müssen unter Bezugnahme auf die oben wiedergegebenen
gesetzlichen Vorschriften und unter Darlegung der Tatsachen,
welche beweisen, daß der „Wohnsitz“ im Heimatlande beibehalten
wurde, beim Vorstehen der Veranlagungskommission die Zu-
rückziehung der Veranlagung und die vorläufige Stundung der
Steuern nachsuchen; dasselbe gilt, wenn für die Gemeinde
eine Veranlagung zu den fiktiven Steuerfällen (1 A, 2, 40 A
und 4 B), welche vom Staate nicht erhoben werden, stattfindet.

Nochmals „Eichweiler“.

Der „Grundstein“ kommt in seiner letzten Nummer auf das
eigenartige Verhalten des Beamten Kessel bei dem Streit in
Eichweiler und die von uns mitgeteilten Dinge zu sprechen.
Einleitend geht er auf das Verhältnis zwischen dem Zentral-
verband der Maurer Deutschlands und unserer Organisation
ein, das bei allem guten Willen zur Objektivität doch ein recht
einseitiges Resultat zeitigt. Wir müssen es uns erlauben,
augenblicklich näher darauf einzugehen, wir tun dies gelegent-
lich. Aber das eine werden uns doch die Führer des „freien“
Maurerverbandes zugestehen müssen, daß wir nur stets im
ehrlichen Interesse der Arbeiter gehandelt haben. Wir haben
keine „Erfahrung“ Taktik beobachtet, im Gegenteil, schwierige,
durch den Radikalismus der „freien“ Verbandsmitglieder ge-
schaffene Situationen beilegen helfen, durch unsere Stellung-
nahme, die uns dann manchen Vorwurf einbrachte. Nicht
von unseren Mitgliedern. Wir haben auch stets Schweigen über
den Gang von Verhandlungen gewahrt und haben nie Dinge oder
Aussagen an die große Glocke gehangen, wie das der dies-
jährige Geschäftsbericht der „freien“ Zimmerer tut. Wir halten
das weder für schön noch für ehrlich und für ein gemeinschaft-
liches Arbeiten nicht dienlich. Erstamt waren wir daher, die
von uns in einer Sitzung in Königsberg vorgelegten Grundzüge
für ein gemeinschaftliches Arbeiten sowohl in der Königsberger
„Volkszeitung“ als auch in „Bauhilfsarbeiter“ veröffentlicht
zu finden. Die Bekanntgabe an sich ist uns gleichgültig, nur
meinen wir, daß solches nicht geschehen dürfte, zumal ein Ueber-
einkommen darüber überhaupt noch nicht getroffen ist. Und
auch der Zweck kann nicht das Mittel heiligen, das in diesem
Falle damit erreicht werden soll. Direkt erledigt aber wird
einem, wenn man beobachten muß, in welcher verbehrter und
auch verlogener Weise das geschieht. Aber auch darauf wollen
wir nicht eingehen, nur sagen, daß auch wir mit der Regelung
der Schlichtungskommission in Danzig nicht einverstanden sind.
Wenn vier Organisationen vorhanden sind, von denen jede
die moralische Verantwortung für die Durchführung des Vertrags
übernommen hat und dem auch nachkommen will, muß sie auch
in der Schlichtungskommission vertreten sein und zwar gleich-
berechtigt. Heute, wo wir die Hälfte der Schlichtungskommission
besetzt halten und daraufhin jeweils ein Vertreter der „freien“
Organisationen zurückbleiben muß, trifft das nach unserer Mei-
nung nicht zu.

Nun zu Eichweiler. Nachdem der „Grundstein“ die von
uns in Nr. 25 der „Baugewerkschaft“ gebrachte Notiz wieder-
gegeben, meint er, wenn sich die Sache so verhielte, müßte er
die Maßnahmen Kessels aufs entschiedenste beurteilen. Unsere
Darstellung soll jedoch nicht ganz der Wahrheit entsprechen und
läßt er sich die Sache so berichten:

„Die Bewegung der Christlichen in Eichweiler war auf
die Eringung eines Lohnes von 50 Pfg. gerichtet. Nachdem
der Streit über die Sperrn einige Wochen gedauert hatten,
fanden sich jedoch so viel Streitreue, daß die Bewegung
verloren oder doch so gut wie verloren war. Nun warf
die christliche Leitung ihr Auge auf einen Bau, der von einer
Stolberger Baufirma auf Schweizer Gebiet aufgeführt wurde.
Diese Firma zahlte nicht nur die geforderten 50 Pfg., sondern
teilweise noch bis zu 5 Pfg. pro Stunde mehr. Der Lohnte ge-
sperrt werden, oder die Firma sollte den Eichweiler Tarif (den
es noch gar nicht gab) unterschreiben. Das wollte die Firma
nicht, und nun sollte die Arbeit niedergelegt werden. So war
es der Wille der christlichen Leitung, die aber nichts tat,
um sich mit unserer Leitung (der des Zweigvereins Nachen)
zu verständigen. Anstre dort beschäftigten Kollegen lehnten die
Arbeitsniederlegung ab.“

Ohne der voraussetzlichen Sitzung, die zur Klärung der
Angelegenheit stattfinden soll, vorzugreifen, bemerken wir hier-
zu: Es trifft nicht zu, daß die Firma allgemein 50 Pfg. zahlte,
sondern nur einigen Kollegen. Ein einziger hatte 55 Pfg.
pro Stunde, wovon jedoch nichts bekannt war. In der Haupt-

Äußerungen in der Presse etwa veranlassen, die Anwesenheit in den Sitzungen fern zu gestalten sei. Aus der Mitte der Arbeitnehmer wurde berichtet, daß die von Herrn Frehe gerügte Veröffentlichung über Vorgänge aus der vorletzten Sitzung des E.-A. von Mitgliedern desselben nicht herrühre. Der Vorsitzende schloß die Erörterung über diesen Punkt mit der Erklärung, daß er auch seinerseits solche friedensstörenden Veröffentlichungen über Vorgänge in Sitzungen des E.-A. für bedenklich und bedauerlich erachte und dringend bitte, davon in Zukunft Abstand zu nehmen.

Schluß der Sitzung gegen 12 1/2 Uhr.

Protokoll des Einigungsamtes für das Plattengewerbe.

Essen, 11. Mai.

Anwesend: Beigeordneter Rath, als Vorsitzender, Albert Marchand (Essen), W. Mauerhagen (Köln), S. Schrottel (Essen), W. Steinbach (Dortmund), S. Schütler (Bochum), Franz Haas (Duisburg), F. Kahl (Dortmund), W. Koch (Bochum), Albert Bohn (Köln), Peter Lühig (Köln), Adolf Günther (Düsseldorf), Karl Windhoff (Düsseldorf), als Mitglieder des Einigungsamtes; Oberstadtkretar Grebe, als Protokollführer. Außerdem: J. Diepenbrod (Kettlinghausen), Franz Rogge (Kettlinghausen), Karl Schneider (Kettlinghausen). Entschuldig fehlte: Regierungsdirektor Dr. Bodenstein (Essen).

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 4 Uhr nachmittags. Herr Kahl beantragte, Punkt 3 von der Tagesordnung abzusehen, weil sie ihrerseits keinen Vertreter aus dem Plattengewerbe zu Dortmund zu der heutigen Sitzung herangezogen und sich selbst vorher nicht genügend informieren konnten. Es wurde auf Beschluß in die Beratung der Tagesordnung eingetreten und verhandelt beziehungsweise beschlossen:

Punkt 1. Grundsätzliche Entscheidung über Auslegung der laufenden Nummern 66, 67, 70 und 101 des Tariftarifs.

Zu Punkt 1. Der Antrag auf grundsätzliche Entscheidung über Auslegung der laufenden Nummer 36 des Tariftarifs wurde zurückgezogen. Ueber die laufende Nummer 62 des Tariftarifs besteht seitens der sämtlichen Mitglieder des Einigungsamtes Übereinstimmung. Es wurde festgestellt, daß der unter laufende Nummer 62 des Tariftarifs aufgeführte Tarifpreis auch dann zu zahlen ist, wenn der Fußboden oder die Wand mit Platten nicht bekleidet werden. Herr Beigeordneter Rehorst (Köln) soll hinsichtlich der laufenden Nummer 70 des Tariftarifs um Ausklärung ersucht werden, ob der Zuschlag nach laufender Nummer 70 des Tariftarifs zu zahlen ist, wenn bei den unter laufender Nummer 70 des Tariftarifs angeführten Arbeiten Verbleistene verwendet werden. Zu laufender Nummer 101 des Tariftarifs besteht Übereinstimmung dahin, daß die Worte „in einem Bau“ sagen wollen, „in einem Hause“.

Punkt 2. Grundsätzliche Entscheidung über die laufenden Nummern 54, 55 und 56 des Tariftarifs.

Zu Punkt 2. Die Auslegung des Herrn Beigeordneten Rehorst, wonach die unter laufender Nummer 54, 55 und 56 des Tarifs festgesetzten Preise nur zu zahlen sind, wenn die ganze Fläche bis zu 2 Quadratmeter beziehungsweise über 1 bis 2 Quadratmeter umfaßt und wonach Flächen über 2 Quadratmeter zum Normalpreis auszuführen sind, wird mitgeteilt.

Punkt 3. Grundsätzliche Entscheidung über die laufenden Nummern 4, 5, 6, 37, 64 und 101 des Tariftarifs.

Zu Punkt 3. Zu laufender Nummer 4 des Tariftarifs sollen hinter „Bentimeter“ die Worte „und aufwärts“ eingefügt werden. Zu laufenden Nummern 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13 soll Herr Beigeordneter Rehorst (Köln) um Ausklärung darüber gebeten werden, nach welchem Maßstabe die Sechseckplatten bezeichnet werden, um ihre Größe festzustellen. Der Antrag zu laufende Nummern 37, 64 und 101 wurde als erledigt betrachtet. Die Anträge zu laufende Nummern 44, 46, 48, 50, 81 und 83 sollen in der nächsten Sitzung des Einigungsamtes behandelt werden.

Punkt 4. Grundsätzliche Entscheidung über die Auslegung der laufenden Nummer 80 des Tariftarifs.

Zu Punkt 4. Auch für das Säuen der Löcher in Fugen sind 0,25 Pf. Zuschlag zu zahlen, vorausgesetzt, daß von den Platten Stücke entfernt werden müssen.

Punkt 5. Festsetzung des Zuschlages für auswärtige Arbeiten für das Vertragsgebiet Kettlinghausen und Umgebung. Zu Punkt 5. Der Zuschlag für auswärtige Arbeiten wird in gleicher Höhe festgesetzt, wie er für das Vertragsgebiet Kettlinghausen besteht.

Punkt 6. Entscheidung darüber, ob Fensterbänke aus Abbedplatten unter Pfl. 70 des Tarifvertrages fallen.

Zu Punkt 6. Die ganze Fläche der Fensterbänke ist bei Berechnung zunächst zugrunde zu legen und zum Normalpreise auszuführen, nur für die abgerundeten Flächen sind die Zuschläge nach laufender Nummer 70 des Tariftarifs zu zahlen.

Punkt 7. Antrag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Barmen-Elberfeld, unter Pfl. 63 a des Tarifvertrages neu aufzunehmen: „Treppensofel aus Platten ohne Profilausflutung pro Stufe und Seite einen Zuschlag von 25 Pf. wie bei Schiefer.“

Zu Punkt 7. In laufende Nummer 63 des Tariftarifs wird hinter „Platten“ eingefügt „wie aus Schiefer“. Die Sitzung wurde hierauf um 7 Uhr abends geschlossen. gez.: Rath, Vorsitzender. gez.: Grebe, Protokollführer.

Bezirk Köln.

Nachen. Am 18. Juni begannen die Tarifverhandlungen für das Zimmergewerbe, welche denn auch nach drei Sitzungen mit dem Arbeitgeber zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. Der Lohn steigt ab 20. Juni um 1 Pf. und ab 1. August um einen weiteren Pfennig, so daß der Mindestlohn am 1. August 49 Pf. beträgt. Für die Kollegen, welche bisher schon höhere Löhne hatten, steigt der Lohn in dem angegebenen Verhältnis. Dann ist eine Neuregelung in der Festsetzung vorgenommen worden. Von jetzt ab stellen die Meister das ganze Werkzeug selbst. Als Garantie für die ordnungsmäßige Instandhaltung soll ein Tagelohn eingehalten werden. Die Organisationen der Zimmerer haben sich verpflichtet, überall dafür zu sorgen, daß das Werkzeug vom Meister gestellt wird. Das den Kollegen gehörige Werkzeug können dieselben den Meistern käuflich zu Tagespreisen überlassen. Es darf daher kein Kollege mehr sein Werkzeug selbst stellen, weil davon der Tarif abhängig gemacht wurde. Zweifellos bedeutet dieses auch eine Lohnerhöhung für die Kollegen. Des weiteren ist das Wohngebiet enger und genauer umgrenzt worden. Ueberstunden werden mit 10 Pf., Nacharbeit mit 50 Prozent, Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag vergütet. Bei Karbolemarbeiten, die länger als einen Tag dauern, sowie schwierigen Abbruch- und Reparaturarbeiten, ferner bei Gerüstbau über 20 Meter hoch und Turmarbeit werden 5 Pf. pro Stunde mehr bezahlt. Der Tarif gilt bis 31. März 1910. Angesichts der Konjunkturbelastung ist dieses immerhin ein annehmbarer Kompromiß für die Kollegen und auf friedlichem Wege erreicht. Sorgen wir nur, daß auch überall der Tarif durchgeführt wird. Die Kollegen sind verpflichtet, jeden Versuch unserm Bureau zu melden. Nicht minder besteht aber auch die Pflicht, daß ein jeder selbst dafür eintritt, daß das Verbot sowohl von uns, als auch von den Meistern gehalten wird.

Bezirk Hannover.

Garbsdt. Nach vierwöchentlicher Dauer ist der Streik hier am Orte beendet. Am Samstag, den 26. Juni, fanden Verhandlungen statt, welche zu einer Einigung mit den Unternehmern Vordach und Schenckemeier führten. Der Lohn steigt hier um 1 Pf. und am 1. Oktober wieder um 1 Pf. Der Unternehmer Meckel hat bei der Verhandlung die Erklärung

ab, daß er keine Lohnhöhung bewillige, und verließ dann ohne eine Antwort abzuwarten das Lokal. Die bei der Firma Meckel beschäftigt gewesenen Kollegen können alle bei den andern Meistern anfangen. Die Sperre bleibt also über dem Geschäft des Unternehmers Meckel vor wie nach bestehen.

Hamburg. Die Aussperrung hat einen weiteren Umfang angenommen. Die Unternehmer haben am Samstag, den 26. Juni, auch einen Teil der Harburger Bauhandwerker und Arbeiter ausgesperrt. Die Schlofferinnung Altona hat ebenfalls beschlossen, alle Bauhelfer zu entlassen und die Werkstätten zu kontrollieren. Der Vorsitzende des Hamburger Gewerkevereins, Herr Rat Boyen, hat seine Vermittlung zu Einigungsverhandlungen angeboten. Die Arbeiter haben diese angenommen, die Arbeitgeber dagegen abgelehnt. Ein Zeichen, daß es den Herren um den Frieden nicht zu tun ist. Die Arbeitgeber wollen jetzt Arbeitswillige heranziehen und sollen dazu schon Agenten auf der Reise sein. Am Montag, den 28. Juni, hat seitens unserer Bezirksleitung und des örtlichen Vorstandes mit dem freien Maurerverband eine Sitzung stattgefunden. Es wurde vereinbart, von jetzt an gemeinschaftlich zu pakieren. Unser Verband wird zu allen Beratungen und Verhandlungen mit hinzugezogen. Es wurde anerkannt, daß wir bei der Aussperrung korrekt gehandelt haben. Wir ersuchen nun unsere Kollegen an allen Orten darauf zu achten, daß es den Unternehmern nicht gelingt, für Hamburg, Harburg und Umgebung Arbeitswillige zu bekommen. Der Bezug muß streng ferngehalten werden.

Bezirk Göttingen.

Haspe i. W. Im vorigen Jahre bereitete das hiesige Eisen- und Stahlwerk seinen Arbeitern eine „Osterfreude“ in Gestalt einer Lohnreduzierung bis zu 15 Prozent. Das wiederholte sich in diesem Jahre, nur war sie etwas gelinder ausgefallen, nämlich bis zu 5 Prozent. Die Arbeiter konnten sich gegen diese Verschlechterungen in Ermangelung einer strengen Organisation nicht wehren, auch ließen sie sich von den Meistern „trösten“, wenn es mal wieder besser geht, soll der Lohn wieder steigen. Nur die Maurer und die Bauhilfsarbeiter, die zu 2/3 organisiert waren, wollten sich mit diesen Reduktionen nicht zufrieden geben. Die Löhne für Maurer betragen 45—47 und für Bauhilfsarbeiter 33—37 Pf. Der tarifmäßige Lohn beträgt 51 resp. 41 Pf. In zwei Bundesbesprechungen wurde dann beschlossen, den tarifmäßigen Lohn zu fordern, und wurde die Forderung dem Obergericht Langer schriftlich übergeben. Er ließ uns alsdann durch den Meister wissen, daß er mit uns unterhandeln wolle. Die von uns hierzu gewählten Kollegen wurden nun zunächst gefragt, ob sie organisiert seien, es wurde ihnen dann etwas über den schlechten Geschäftsgang in der Eisenindustrie erzählt, zum Schluß wurde ihnen erklärt, er (Langer) wolle mit dem Generaldirektor über die Forderung Rücksprache nehmen. In einer zweiten Verhandlung wurde mitgeteilt, an eine Lohnreduzierung sei nicht zu denken, da es der Herr Generaldirektor abgelehnt habe. Jedoch sollte der angebotene Abzug von 10 Pf. weiterbezahlt werden und zwar als Prämie. Nachdem aber das Prämienystem erst vor zwei Jahren abgeschafft worden ist, wovon wir heute noch die Nase voll haben, lehnten wir das ab und erklärten, unter 50 resp. 40 Pf. nicht arbeiten zu wollen. Am 24. März reichten dann von 18 Mann 14 die Kündigung ein. Zwei Maurer und zwei Bauhilfsarbeiter blieben stehen. Daß es überhaupt hierzu kam, dazu trug auch das eigenartige Verhalten des Meisters bei. Wäre er für die Arbeiter, die lange Jahre bei ihm gearbeitet haben, zum Teil 8—10 und einer sogar 16 Jahre, eingetreten, hätten die Verhandlungen jedenfalls Erfolg gehabt. Anscheinend hatte er ein Interesse daran, möglichst billige Leute zu haben. Besonders hatte es ihm der Einheitslohn angetan. Jedenfalls hatte er vergessen, daß er früher als Maurer auch gern so viel verdienen wollte wie die anderen. Nachdem nun die Arbeit eingestellt war, ging die Werbung nach Arbeitswilligen los. Zwei Arbeiter des Werkes (ehemalige Maurer) mußten unter Androhung der Entlassung Maurerarbeiten verrichten. Auch solche, die schon früher dort gearbeitet hatten und quasi gegangen worden waren, fanden sich ein, sogar Italiener, die der Meister nach seinen früheren Äußerungen nie einstellen wollte, wurden angenommen. Besonders erwähnt werden muß die demütigende Zurücknahme der Kündigung des Hauptkassiers über die niedrigen Löhne. Er war ja auch in der niedrigsten Lohnklasse. Früher in dem „freien“ Verband, bekundet dieser „Held“ auch heute noch eine recht rote Gesinnung. Aufgefordert, sich wieder zu organisieren, erklärte er großspurig unserem Kollegen Janz, er ginge eher aus dem Werk wie alle anderen. Das Ende vom Lied war die demütigende Zurücknahme der Kündigung. So mußte denn der Kampf verloren gehen. Hingewiesen werden muß auch noch auf das Verhalten des „freien“ Lokalbeamten Seydenwisch. Er hielt es nur für nötig, an einer Besprechung teilzunehmen. Später hat er gesagt, er hätte mit der Sperre nichts zu tun, worauf ein „frei“ organisierter Maurer ebenfalls auf dem Werk in Arbeit getreten ist, obgleich er noch in guter Arbeit stand. Jedenfalls billigen die Kollegen des „freien“ Verbandes, die an der Bewegung beteiligt waren, dieses Verhalten nicht. Sonst allerdings schreit „Genosse“ Seydenwisch gleich Peter und Paul, wenn er bei den bösen Christlichen etwas entdeckt zu haben glaubt. Etwas mehr Ehrlichkeit gegenüber dem christlichen Verband, und wenn er ganz allein an der Bewegung beteiligt gewesen wäre, wäre schon zu wünschen. Unseren Kollegen rufen wir zum Schluß zu, mit aller Entschiedenheit für unseren Verband zu arbeiten, weil dadurch die Interessen der Bauarbeiter am besten gewahrt werden. Dann werden in Zukunft solche Dinge nicht mehr möglich sein.

Bezirk Münster.

In **Horkmar** sind die Kollegen zu der Ansicht gekommen, den Tarif bis 15. Mai nächsten Jahres zu verlängern. Auf friedlichem Wege war nicht mehr herauszuholen und der Kampf wollte die Arbeiterzeit nicht. Für das nächste Jahr mögen sich die Kollegen einig zeigen, vor allem die persönlichen Meinungsdivergenzen aus dem Spiele lassen.

In **Stadlohn** ist der Vertrag auf friedlichem Wege wieder zustande gekommen. Der Lohn steigt am 1. Juli 1909 von 48 auf 44 Pf. und vom 1. Mai 1910 ab auf 45 Pf. die Arbeitszeit war noch verbleibend: 10, 10 1/2 und 11 Stunden; dieselbe ist nun einheitlich auf 10 1/2 Stunden festgesetzt. Hoffentlich werden nun auch alle Kollegen von Stadlohn diese Erfolge zu würdigen wissen.

Bezirk Frankfurt a. M.

Wetterwald. Am 26. Juni wurden beim Unternehmer Peter Eich aus Cottenheim b. Ubernach auf der Bahnaustrecke Seifen-Ling a. Rh. 9 Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation von dem Geschäftsführer Jeller der genannten Firma entlassen, obwohl dieselben von dem leitenden Bauhelfer der Bahnen als gute Maurer bezeichnet wurden. Anscheinend wurde befürchtet, die Organisation würde versuchen, die bestehenden Mißstände auf der Baustelle zu beseitigen. Und an Mißständen fehlt es wahrhaftig nicht; Aborte sind nicht vorhanden, der nahegelegene Wald muß zur Befriedigung der Notdurft dienen. Die Bundesverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Gründe zum Zusammenbruch sind daher genügend vorhanden. Klaffenlöhne werden gezahlt von 42 bis 50 Pf., ebenso beträgt die Arbeitszeit 11 bis 12 Stunden pro Tag. Deshalb mußten schnell die organisierten Kollegen fliehen, da die Zahl der Unorganisierten noch bis 40 beträgt und die Angst bestand, es würde sich der Organisationsgedanke auch bei diesen „Getreuen“ bemerkbar machen, und müßte dann schließlich dem Verlangen der Arbeiter nach besseren Verhältnissen Rechnung getragen werden. Die Willkür des Herrn Jeller hat nun auf das Konto der Subdifferenzen diesmal den Sieg davongetragen, und unsere

Kollegen mußten sich dieses gefallen lassen, da das Solidaritätsgefühl der „Getreuen“ fehlte. Die noch dort arbeitenden Maurer sind teils Anzer und Moselaner, welche nun der niedrigen Kalkulation des genannten Herrn wegen den Mauerstein markieren. Bis wann wird diesen Kollegen der Gedanke der Solidarität auftauchen wird, um solchen Herren einfach die richtige Antwort geben zu können, ist fraglich. Wird wohl auch die Polizeiverwaltung den Weg zu der Strecke finden betreffs Worte und Taten?

Bezirk Paderborn.

Brakel (Kr. Höxter). Seit Pfingsten stehen die hiesigen Maurer und Zimmerer im Streik. Zur Lage des Streiks können wir mitteilen, daß der Kampfesgeist der Kollegen ein guter ist. Fast sämtliche Kollegen haben anderweitig und auswärts Arbeit erhalten, trotz der Bemühungen des Arbeitgeberbundes im Herzogtum Braunschweig. Es ist bis heute nicht gelungen, eine Anzahl Maurer nach Brakel zu holen, trotzdem Herr Dittler Tag und Nacht nach solchen sucht. Hierbei muß festgestellt werden, daß Herr Dittler fremden Maurern einen Stundenlohn von 40 Pf., freie Kost und Logis verspricht. Hierin liegt der Beweis, daß die Löhne wohl gehalt werden können, zumal die Forderung der Maurer und Zimmerer nur 35 Pf. für die Stunde beträgt. Die gegenwärtigen Verhältnisse, 30 Pf. Stundenlohn und 11stündige Arbeitszeit sind nicht geeignet, zu behaupten, die Bauhandwerker seien gut gestellt. Hingru kommt die ständige Arbeitslosigkeit im Winter. In der ganzen Umgebung werden höhere Löhne gezahlt, und aus diesem Grunde kommen keine Bauhandwerker nach Brakel. Herr Dittler ist darum in einer läßlichen Lage. Jetzt ist ihm nun Hilfe zuteil geworden, nämlich ein gewisser Josef Hamelmann aus Albxen und dessen Sohn. Dieser Hamelmann betreibt dieses anscheinend notorisch. Als vor einigen Jahren in Holzminde Streik war, hat er dort die Dienste der Unternehmer verrichtet. So wollte er auch dieses Jahr das saubere Geschäft wieder in Holzminde ausüben, aber von den Streikposten wurde er abgehalten. Jetzt hat er sich Brakel ausbrohen, und man muß staunen, wie besorgt man in Brakel um die wertere Person des Hamelmann ist. Unter polizeilicher Bewachung wird derselbe von und zur Arbeitsstelle geleitet. Unseres Erachtens wäre es viel richtiger, daß man den Arbeiterbeschütz intensiver betätigte. In dem Neubau, den Herr Dittler ausführt, fehlen jegliche Schutzbestimmungen. Über dieses wird anscheinend von den Vätern der Arbeitswilligen nicht beachtet. — Kollegen von Brakel und Umgebung! Aus vorstehenden Sätzen könnt ihr sehen, daß eine starke Organisation notwendig ist, um das Recht der baugewerblichen Arbeiter zu verteidigen. Darum hinein in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Stahle. In Holzminde ist die Lage noch unverbessert. Eine große Anzahl der Ausgesperrten ist abgereist und steht zu besseren Bedingungen in Arbeit. Arbeitswillige sind bis jetzt auf den Baustellen sehr wenig, dieselben sind von Anfang an stehen geblieben. Die Unternehmer geben sich alle erdenkliche Mühe, Leute nach Holzminde zu bekommen, aber vergebens. Für die Ausgesperrten bestehen die besten Aussichten, und deshalb heißt es festhalten, dann werden auch die Unternehmer zur Einsicht kommen. Darum hoch die Solidarität!

Wiedenbrück. Von der Lohnbewegung ist zu berichten, daß die Streikenden überall zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen untergebracht sind. Zugun ist nicht eingetroffen und die Arbeit drängt, besonders bei Herrn Euferrmann. Den Arbeitswilligen wird nun auch hier der größte Schutz zuteil. Die Presse steht uns nicht zur Verfügung und deshalb ist in der Bürgerchaft eine falsche Ansicht über unsere Lohnbewegung vorhanden. Es ist daher Aufgabe der Kollegen, in Sachen der Presse einmal ein ernstes Wort zu reden. Zugun ist daher von Wiedenbrück fernzuhalten.

Wilon. Im Frühjahr wurde den Arbeitgebern eine Forderung unterbreitet von 45 Pf. pro Stunde nebst den üblichen Vertragsbestimmungen. Antwort ist bis heute nicht eingetroffen. Die Kollegen halten es an der Zeit, jetzt ein ernstes Wort zu reden. Deshalb muß Sorge getragen werden, daß auch der letzte Kollege für den Verband gewonnen wird. Ausführlicher Bericht folgt später.

Bezirk Nürnberg.

Würzburg. Die hiesige Aussperrung dauert nunmehr schon 6 Wochen und hat einen heftigen Charakter angenommen, da die Unternehmer absolut eine Niederlage der Arbeiter haben wollen. Der im Oktober 1908 zu Ende gegangene Vertrag war vorchriftsmäßig gekündigt worden. Mit Rücksicht auf die damalige ungünstige Lage des Baugewerbes stellten die Arbeiter keine Forderung auf höheren Lohn. Einige Unternehmer gingen aber dazu über, Lohnreduzierungen vorzunehmen. Daraufhin stellten die Kollegen im Frühjahr d. J. ihre Forderungen an die Unternehmer: 50 Pf. resp. 40 Pf. Stundenlohn bei 10stündiger Arbeitszeit. Die Unternehmer gaben darauf die Antwort, sie hätten überhaupt kein Interesse an einem Tarifvertrag, aber immerhin wollten sie einmal mit den Arbeitern zusammenkommen. Das Resultat dieses „Zusammenkommens“ war die Erklärung der Unternehmer: Lohnreduzierung gibt's nicht. Wir sollten froh sein, wenn sie den alten Lohn weiterbezählten, evtl. wollten sie den alten Vertrag um ein Jahr verlängern. Angesichts der gesteigerten Lebensmittelpreise usw. lehnten das die Arbeiter ab. Alle Versuche zu einer friedlichen Einigung scheiterten. Von Seiten des „freien“ Bauhilfsarbeiterverbandes wurde sodann ein Unternehmer, bei dem Löhne gezahlt hatte, gesperrt. Das war das Signal für die allgemeine Aussperrung, die denn auch wenige Tage darauf erfolgte. Nun ging die Suche nach Klausurherren los, jedoch durch Inzertate, wie durch Agenten. Sogar von Berlin wurde ein Transport Arbeitswilliger durch den bekannten Agenten Henke geschafft, die jedoch bald den Stanz Würzburgs von den Füßen schüttelten. Und so waren alle Bemühungen bis jetzt umsonst, nur haben sie den Unternehmern viel Geld gekostet. Mögen daher die Kollegen allerorts uns in diesem Kampf durch Abhaltung von Arbeitswilligen unterstützen.

Bezirk Danzig.

Neustadt (Westpr.). Der Streik in Neustadt dauert nun bereits 8 Wochen und wird mit allem Eifer weitergeführt. Die Zahl der Streikenden ist von 30 auf 3 herabgegangen. Trotz aller Schikanen, die uns die Arbeitgeber bereiten, haben die Kollegen sich nicht beirren lassen. Den Kollegen wurde Arbeit nachgewiesen und mit Freunden sind sie abgereist. Ein Unternehmer schickte nun seinen Kontoristen auf die Baustelle, um jeden des Weges Kommenden mit einem Zettel zu versehen, auf welchem die Namen der ausgesperrten Meister standen, um auf diese Art sich Arbeitswillige zu verschaffen. Auch der Meister Pinz frengt sich sehr an. Jeden der Streikenden, der mit einem freien Leute oder auch Zugereisten redet, zeigt er auf der Polizei an. Der Meister Rowe liefert seinen Arbeitswilligen sogar Revolver. Auch erklärte der Meister, daß er jetzt Gesellen hat, die bei Friedenszeit keiner einstellen will, aber in der Not frigt der Teufel Fliegen. Der Lohnsatz beträgt für die arbeitswilligen Maurer 48 Pf., also so viel wie tariflich haben wollen. Der Meister Pinz, welcher am meisten im Druck ist, zahlt den Lohn auch, aber wie lange? Wir werden daher den Kampf so lange weiterführen, bis die Unternehmerschaft gewillt ist, mit uns einen annehmbaren Vertrag zu schließen.

Bezirk Oberschlesien.

Rattowitz. Wie man uns vor Bekleidungsstreik mitteilt, soll Herr Dr. Fleischer mit den obersten hiesigen Unternehmern am 4. Juli Verhandlungen dahingehend gepflogen

haben, daß die Mitglieder der katholischen Fachabteilungen nicht von der Aussperrung betroffen würden. Wir können im Augenblick nicht kontrollieren, inwiefern das zutrifft. Aber wenn es schon wahr sein sollte und der Herr Dr. Pfeiffer hat „Erfolg“ gehabt mit der Nichtansperrung, welche Gegenorganisation hat er den Unternehmern dann gemacht? Praktisch hat die Sache für die Bewegung keine Bedeutung, da die Fachabteilungen in dem in Frage kommenden Gebiet kaum mehr wie zwei Duzend Mitglieder haben dürften.

Nachdrücklich ist zu betonen, daß die „Berliner“ mit den ober-schlesischen Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Die Unternehmern haben diesen „Erfolg“ durch große Plakate an den Aufschlagsäulen mitgeteilt, um so Verwirrung unter die Kollegen zu tragen. Sie werden erfahren müssen, daß ihnen auch das nichts nützt. Selbstverständlich leisten die „Berliner“ Arbeitervertreter den Unternehmern Kulturs in der Bearbeitung der Öffentlichkeit zum Nachteil der Arbeiter. Auch die „Reisser Zeitung“ hat sich folgenden Kuckuck in sein Nest legen lassen: **Natowitz, 3. Juli.** (Die Bauarbeiteraussperrung teilweise beendet.) Der Lohnkampf im Baugewerbe geht seinem Ende zu. Die von den Unternehmern verhängte Bauarbeiter-sperre konnte für einen großen Teil der im hiesigen Bezirk beschäftigten Arbeiter aufgehoben werden, weil die im fogen. Berliner Verband (kath. Fachabteilungen) organisierten Leute mit der Erneuerung des vorjährigen Tarifabkommens zu den bisher gezahlten (alten) Sätzen einverstanden sind. Die entscheidende Sitzung hat gestern abend stattgefunden. Ausgesprochen sind also nur noch die „Christlichen“ und die „Zentralverbände“ (sozialdem. freien Gewerkschaften). Da der Berliner Verband hier sehr stark ist, vermag er genug Leute zu stellen, um die Arbeit auf den Bauten wieder in fast vollem Umfange aufnehmen zu können. Die Versuche der Bauarbeiter, eine Erhöhung der Lohnsätze des vorjährigen Tarifvertrages durchzusetzen, dürften damit als gescheitert anzusehen sein.

Das ist alles purer Schwindel bis auf den Tarifabschluß. „Sitz Berlin“ wird noch etwas anderes erleben. Der zwischen den katholischen Fachabteilungen ohne Mitglieder und den Unternehmern abgeschlossene Vertrag sieht die alten Lohnsätze vor, nur daß aus Minimal- Maximallöhne geworden sind. Das ist Arbeitervertretung nach „katholischen“ Grundsätzen. Wir werden die „Berliner“ Streikbrecheragenturen mit ihren Streikbrecheragenten erster und zweiter Garnitur ins Auge nehmen. An den ober-schlesischen Bauarbeitern aber liegt es jetzt, diesen Arbeiterverrättern den letzten Tritt zu geben. Mit Weigerung und Energie heißt es jetzt den Kampf aufgenommen für die Interessen derjenigen Bauarbeiterschaft, die noch unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen von ganz Deutschland zu leiden hat.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Sozum. (Bautenstatistik.) In den ersten Tagen des Juni wurde im Bereiche unserer Verwaltungsstelle die Frühjahr-Bautenstatistik aufgenommen. Die Häufigkeit ergab 303 Baustellen mit 445 Neu- resp. Umbauten, ferner 7 Kolonienanlagen, 2 Felsenanlagen, 2 Kollereianlagen und 4 Fabrikanlagen. Die Bauten befanden sich im folgenden Stadien: im Kellergeschoss 84, Erdgeschoss 42, erster Balkenlage 46, zweiter Balkenlage 45, dritter Balkenlage 20, vierter Balkenlage oder gerichtet 32. Im Auf- befinden sich 88, im Nachputz 33. Umbauten und Reparaturen waren 55. Die Zahl der auf obgenannten Baustellen beschäftigten Personen betrug: Poliere 274, Maurer 2269, Bauhilfsarbeiter 1440, Lehrlinge 191. Das Organisationsverhältnis stellte sich folgendermaßen: Unserem Verbands gehörten 1211 Maurer und 181 Bauhilfsarbeiter an; 764 Maurer dem sozialdemokratischen Maurerverband und 304 Bauhilfsarbeiter dem sozialistischen Bauarbeiterverband; ferner gehörten 2 Maurer und 12 Arbeiter dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, 24 Arbeiter dem soziald. Bergarbeiter- und 6 dem roten Metallarbeiterverband, 1 Maurer den Strich-Wunderschen, einer dem christlichen Holzarbeiterverband und 7 der polnischen Berufsorganisation an. Neu aufgenommen wurden in unseren Verband bei dieser Kontrolle 33 Maurer und 10 Bauhilfsarbeiter, auch traten 3 Maurer vom roten Verbands zu uns über. Zählen wir nun die Zahl der Organisierten zusammen und rechnen wir die Neuaufnahmen hinzu, so ergibt sich, daß noch 254 Maurer und 896 Bauhilfsarbeiter keiner Organisation angehören. Hier müssen nun alle organisierten Kollegen mithelfen, damit diese noch so große Zahl der Indifferenten verschwindet. Damit das um so schneller geschieht, muß das Baubelegerienwesen besser ausgebaut werden, denn hier mangelt es noch; wurden doch nur 103 Baubelegerie gezählt und zwar 76 von unserer Organisation und 27 vom roten Verband. (Wo sind die anderen?) Betreffs Jnahaltung des Tarifvertrages wurde festgestellt, daß bei 6 Jtunen über die tariflich festgelegte Arbeitszeit gearbeitet wird. Schritte hiergegen sind unternommen. Auch wird die achtstündige Abschlagszahlung sehr mangelhaft durchgeführt. Der Bauarbeiterlohn muß ebenfalls mehr gefördert werden. So fehlen an 3 Baustellen die Aushuben, in 33 Aushuben war nicht genügende Sitzgelegenheit vorhanden, in 46 war kein trockener Fußboden und 38 waren nicht wasserdicht. Die Abdeckung der Balkenlage war an einer großen Anzahl auten mangelhaft, verschiedentlich so miserabel, daß sofort Anzeige gemacht werden mußte, auch fehlte in vielen Aushuben der Verbandsstoff zum Holzverband. Alles in allem genommen, müssen wir noch fest arbeiten, damit die Mißstände verschwinden. Der beste Schutz ist eine starke Organisation; darum hand aus Berl. Noch ist es Zeit, und diese muß zur eifrigen Agitation benutzt werden. Bis zur nächsten Bautenstatistik dürfen indifferente Bauarbeiter nicht mehr auftreten sein, ebenfalls nicht die gekennzeichneten Mißstände.

Sozum. Am 20. Juni fand bei dem Wirt Schlachter eine Versammlung der christlichen Bauhandwerker statt. Als Referent war der Bezirksleiter Kollege Helm-Saarbrücken erschienen, welcher über den Streik bzw. die Aussperrung in den Saarländern referierte. Der Referent referierte in mehr als ein-stündiger Ausführung den Beweis, daß der Kampf von den Arbeitgebern den Arbeitnehmern aufgedrungen worden ist. Den mit großem Beifall aufgenommenen interessanten Ausführungen folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich besonders die Kollegen Schuler und Häfner beteiligten. Es herrschte volle Ueber-stimmung mit dem Referate. Nachdem beschlossen worden war, in vierzehn Tagen wiederum Versammlung abzuhalten und in weiteren vierzehn Tagen eine solche in dem nahe Stambach folgen zu lassen, fand die in-teressante Versammlung ihren Schluß. Einzelheiten lassen es sich die hiesigen christlichen Gewerkschaftler angelegen sein, nicht nur in Sozum neue Mitglieder zu werben, sondern auch

in den Nachbarorten, was wiederum die Agitationsversammlung in Stambach, der auch eine in Kirberg folgen wird, beweist. **Duderstadt.** Am Sonntag, den 18. Juni, hielt sich eine Versammlung der gesamten Verwaltungsstelle ab. Der Besuch dieser Versammlung war gegen früher gut zu nennen. Dennoch waren einige Jahlstellen schlecht vertreten, so war von der Jahlstelle Messelroden kein Kollege anwesend. Wir müssen auch an dieser Stelle die Kollegen ersuchen, die Versammlungen der Verwaltungsstelle besser zu besuchen. In der Versammlung referierte Kollege Jumbrod über die Haltung der Arbeitgeber-zu der Erhöhung des Stundenlohnes. Der hier 1908 abgeschlossene Tarifvertrag sieht eine Erhöhung des Lohnes um 1 Pf. die Stunde vor, wenn die Konjunktur in diesem Jahre eine bessere ist, wie im vergangenen Jahre. Die Unternehmern glauben die Konjunktur schlechter hinstellen zu müssen, in Wirklichkeit ist dieselbe besser wie 1908. Es wurde beschlossen, nochmals eine genaue Statistik aufzunehmen und dann erneut in Verhandlungen zu treten.

Dipe, 20. Juni. Unsere diesjährige Generalversammlung war schwach besucht. Besonders die einheimischen Kollegen waren größtenteils ausgeblieben. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorstandswahl, 2. Wahl der Schlichtungskommission, 3. Vortrag des Koll. Hillebrand über das Vereinsrecht. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Wöhring als erster, Kollege Maus als zweiter Vorsitzender; Kollege Orb als Kassierer, Kollege Abel als Schriftführer, als Revisoren die Kollegen Schilling und Barbonus. In die Schlichtungskommission wurden gewählt die Kollegen Hillebrand und Höfner. Nach dem Vortrag des Kollegen Hillebrand entfaltete sich noch eine rege Diskussion, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Königsberg i. Pr. Eine außerordentliche Versammlung fand am Mittwoch, den 16. Juni, hier statt, welche von ca. 150 Kollegen besucht war (nicht, wie die „Königsbg. Volksztg.“ ihren Lesern vorhält, von 35 Mitgliedern). Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Kollegen Ballmar erhielt Koll. Schmidt (Berlin) das Wort zu seinem Vortrage: „Christliche oder freie Gewerkschaften.“ 1 1/2 Stunden lang wußte der Redner die Zuhörer mit seinen Ausführungen zu fesseln. Eingangs wies der Referent darauf hin, daß in Deutschland ein Drang nach wirtschaftlichem Zusammenstoß in allen Berufsständen zu finden sei. Deutschland habe heute schon an Zahl die eu-ropeischen Gewerkschaften überflügelt. Redner schildert dann kurz die Gründe, die dazu geführt haben, daß in Deutschland die Gewerkschaftsbewegung so stark geworden sei. Die deutsche Arbeiter-schaft strebe vorwärts, dieselbe wolle auch ihren berechtigten Anteil an den Kulturerrungenschaften. Der Arbeiter habe das Recht, dieselbe Stellung in öffentlichen Leben zu beanspruchen wie die übrigen Erwerbsstände. Mit einem Wort! Die deutsche christlich-nationale Arbeiter-schaft verlange Gleichberechtigung. Bedauerlich sei es für die deutsche Arbeiter-schaft, daß dieselbe in mehrere Richtungen gespalten sei. Schuld an dererspaltung sei die Sozialdemokratie, welche die Gewerkschaften für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauche. Redner beleuchtet dann eingehend die Religionsfeindlichkeit der soz. Gewerkschaften. Ebenso führte derselbe Beweise an, daß dieselben mit der soz. Partei aufs engste verbunden sind. Eine Arbeiterorganisation, die alle Arbeiter umfassen will, muß parteipolitisch und religiös neutral sein. Als Beispiel seien die englischen Gewerksvereine hinzustellen, deren Führer in den letzten Tagen in Berlin gewesen seien. Unter diesen waren Vertreter aller Parteien, von den gemäßigtesten Bürgerlichen bis zu den radikalsten Sozialdemokraten. Das sei in Folge des Fanatismus in der deutschen Sozialdemokratie bei uns nicht möglich. Deshalb müssen unsere Mitglieder mit beitragen, indem sie unsere Bewegung stärken helfen. Insbesondere sollten unsere Königsberger Kollegen liberal-der rohen Agitationsweise der Genossen entziehen und energisch entgegenzutreten. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, treu zur Fahne zu halten und eifrige Mitkämpfer für unsere gute Sache zu werden, schloß der Referent seinen vorzüglichen Vortrag. In der Diskussion nahm zunächst „Genosse“ Behnke das Wort und bemerkte, daß er sich wohl mit den meisten Ausführungen des Referenten einverstanden erklären könne. Derselbe ging dann wieder, da er wohl nichts anderes mußte, auf den Streik von 1904 ein und glaubte hier unserer Organisation ein auszuweisen zu können, merkte aber nicht, daß er hiermit seinem eigenen Verbands wieder kräftige Schläge versetzte. Bei unseren Kollegen erwartete er dann auch nur einen Vacherfolg. Kollege Ballmar nahm diesernah Veranlassung, kurz die damaligen Verhältnisse zu schildern und die Taktik der Genossenschaftler ins richtige Licht zu stellen. Wenn sie der christl. Organisation schuld geben, daß sie während unseres Tarifabschlusses keine Arbeit erhielten, so sind sie nur selbst schuld daran. Wiederholt ist es ihnen angeboten, denselben Tarif abzuschließen und eine gemeinsame Kommission zu bilden, sie lehnten es aber ab. Weshalb die antwortenden Genossen auch zustimmten. Kollege Windzus beleuchtete die Noheit und Gemeinheit, mit welcher die Genossen auf den Bauten gegen alle christlich organisierten Kollegen vorgingen, und bemerkte, daß dies an der Erziehung liege, welche bei den „Genossen“ gehandhabt würde. Auch die Kollegen Heß, Böhm und Browelet gingen mit den Genossen scharf ins Gericht. Koll. Schönkeles kam dann auf den Artikel in der „Volksztg.“ zu sprechen, welcher nur darauf angelegt ist, den Führern ein auszuweisen nach dem bekannten Sprichwort: Die Mitglieder müssen gestreichelt, die Führer vor den Rauch gestoßen werden. Die Genossen täten besser, einmal selbst in ihren Reihen nachzusehen, wie es mit ihren Führern aussehe. So habe der Genosse Wehl, welcher früher bei den Sozialisten als Führer tätig gewesen ist, im Jahre 1901 in einer Schrift den Zentralverband der Maurer Deutschlands als Streikbrecherverband hingestellt. In ähnlicher Form sei dieses von Wehl und Meiß (letzterer ist jetzt Vorsitzender des hiesigen Zweigvereins) auf der Vertrauensmännertagung im Jahre 1906 in Berlin geschehen. Koll. Schmidt führte dann im Schlußwort an, daß die Genossen wahrscheinlich nun wieder herkämen, um uns Unwahrheiten vorzuwerfen. Unsere Kollegen möchten dieses der örtlichen Verbandsleitung melden, wir würden dann einen Auszug aus den bekannten Broschüren der Öffentlichkeit übergeben. Weiter ermunterte derselbe die Kollegen zum treuen und festen Zusammenhalt in der christlichen Organisation, denn nur dadurch könne Erfolg-lisches für die Kollegen geschafft werden. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband, daß derselbe weiter blühen und gedeihen möchte, um 11 1/2 Uhr geschlossen. Außerdem gab Kollege Ballmar noch bekannt, daß am 11. Juli unser dies-jähriges Partifest in der Flora (Hafen) stattfindet und hat die Kollegen, daß sie sich zahlreich daran beteiligen möchten.

Soziale Wahlen.

Hannover. Am Freitag, den 25. Juni, fanden hierelbst die Gewerbegerichtswahlen zum erstenmal nach dem Verhältnis-wahlssystem statt, dadurch war auch den christlichen Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, Vertreter aus ihren Reihen zum Gewerbegericht durchzubekommen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: abgegeben wurden insgesamt 8133 Stimmen, von 11 289 eingetragenen Wählern. Hiervon fielen auf die Liste I Christliche Gewerkschaften 651 Stimmen, auf Liste II Sozialdemokratische Gewerkschaften 7486 Stimmen. Von den 24 zu wählenden Beisitzern erhalten demnach die christlichen Gewerkschaften 2 und die Sozialdemokraten 22 Beisitzer. Das Resultat

wäre besser ausfallen können, wenn die Einteilung der Wahlbezirke eine bessere gewesen wäre. Es erweckt den Anschein, als wenn man seitens der Behörde den Stadtplan zur Hand genommen und so nach Lage der Straßen, nicht aber nach den gegebenen industriellen Verhältnissen die Einteilung vorgenommen hätte. Während z. B. in einigen Wahlbezirken kaum 500 Wähler eingetragen waren, kamen auf zwei in der äußeren Stadt gelegene Wahllokale über 3000 Wähler. Dazu waren diese Lokale räumlich noch sehr mangelhaft. Infolge des starken Andranges lehnten viele Wähler wieder um, ohne gewählt zu haben. Eine Kontrolle der Wähler war infolge des starken Andranges einfach unmöglich. Im „Volkswille“ Nr. 147 suchen die Sozialdemokraten einen christlichen Gewerkschaftler der Wahl-fähigung zu beschuldigen. Es steht den Genossen wirklich gut zu Gesicht, andere zu beschuldigen, damit die eigenen Missetaten verdeckt werden. Im Wahllokal Schmebes - Hainholz war der Andrang außerordentlich stark. Der Wahlvorsteher rief die Wähler nach den einzelnen Betriebslisten auf. Ein Betreten der Wähler an die Wahlurne war unmöglich, die Stimmgelbte wurden daher über die Köpfe der Menge hinweg bis zum Wahllokal weitergegeben. Hierbei hat nun einer der „Christlichen“ ebenfalls Jettel angenommen und weitergegeben. Wer garantiert aber dafür, daß die von den Genossen weitergereichten Jettel bis zur Wahlurne nicht umgetauscht sind? Denn vor und hinter dem Wahllokal hatten lauter waschechte Genossen Posto gefaßt. Wir behaupten, daß mehrere sozialdemokratische Wähler auf die Namen anderer gewählt haben, hieron sind die Personalien unersetzlich festgestellt worden. Der Schwindel liegt also nicht auf unserer Seite, sondern bei den Sozialdemokraten. Im übrigen trat der ganze Bildungsgrad der Genossen so recht bei dieser Wahl wieder in Erscheinung. Unglaubliches wurde in Beschimpfung der christlichen Stimmgelbteverleiher geleistet. Im Döhrener Turm war es sogar ein Beamter des soz. Metallarbeiter-Verbandes, der die schönsten politischen Reden hielt, so daß ihm vom Wahlbureau Ruhe geboten wurde. Vor dem Wahllokal Schmebes - Hainholz mußten die soz. Gewerkschafts-beamten ihre eigenen Genossen zur Ruhe und Ordnung mahnen. Daß unter den geschickerten Umständen für die christlichen Gewerkschaften kaum ein besseres Resultat erzielt werden konnte, ist verständlich, zumal die gesamten Bauhandwerker durch ihr Baugewerkschaftsgericht bei der Gewerbegerichtswahl aus-geschaltet sind. Wenn der „Volkswille“ den Stimmengewinn der Christlichen um 76 Prozent nur auf den Anschluß von Döhren-Wüffel zurückführt, so muß doch auch gesagt werden, daß nicht nur die christlichen Wähler in Döhren-Wüffel ange-schlossen sind, sondern auch die sozialdemokratischen, demnach ist also doch der prozentuale Stimmengewinn bei den „Christlichen“ stärker.

Von den Arbeitsstellen.

Mörs, 29. Juni. Gestern abend stürzte der Bauunternehmer Wand beim Nachsehen einer besetzten Wortgrube in der Kaiserstrasse infolge Betäubung durch Einatmen giftiger Gase in die Grube. Der Arbeiter Blume und ein verheirateter Bruder Wands, sowie ein anderer Arbeiter stürzten bei den Rettungs-versuchen ebenfalls hinein. Die drei ersten wurden als Leichen geborgen, der letzte wurde gerettet.

Briefkasten.

Drz. Suchanowski. Das Gedicht eignet sich nicht zur Ver-öffentlichung. Es ist etwas zu kräftig. Gruß.

Bekanntmachungen.

Unsere ältesten Verwaltungsstellen und Mitglieder, welche noch den „Arbeiter-schutz“, Blätter für christliche Gewerkschafts-bewegung, als erstes Verbandsorgan bezogen haben und sich heute noch im Besitze solcher - wenn auch einzelner - Exemplare befinden, ebenso der „Baugewerkschaft“ aus den ersten Jahren, werden gebeten, dieselbe der Zentrale zu überlassen. Für die Ueber-sendung sind wir recht dankbar. Der „Arbeiter-schutz“ war Verbandsorgan von der Gründung bis zum 13. Mai 1900.

Der Zentralvorstand. J. A.: Jof. Wiedeberg.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 24 935, lautend auf Georg Wagner von der Jahlstelle Herborn (Mittelreis); die Buch-Nr. 154 626, lautend auf Josef Marx von der Jahlstelle Hamborn.

Achtung! Bauhandwerker von Konstanz und Umgegend. Das Verkehrs- und Versammlungslokal von Konstanz befindet sich bei Schottliffel, „Gasthaus zur Eisenbahn“. Dortselbst findet am Sonnabend, den 10. Juli, abends 6 Uhr, Versammlung statt und dann alle 14 Tage um dieselbe Zeit. Dasselbst werden An-meldungen, Aufnahmen und Beiträge entgegengenommen. Kollegen, denen die Lokalfrage in Konstanz bekannt ist, achtet darauf, daß nur im Versammlungslokal verkehrt wird. Der Verwaltungsstellen-Vorstand.

Achtung! Jazze. Die Adresse des Kollegen Franz Rod ist Kaiser-Wilhelm-straße 18. Dortselbst werden Anmeldungen entgegengenommen

Berichtigung. In dem Artikel „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908“ in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ ist die Zahl der an den wirtschaftlichen Erfolgen beteiligten Mitglieder des christlichen Malerverbandes nicht richtig wiedergegeben; statt 192 muß es 792 heißen.

Storbefehl.
Am 21. Juni starb unser treues Mitglied Franz Dittmann infolge eines erlittenen Unfalls. Jahlstelle Dorimund (Zimmerer).
Am 21. Juni starb unser treues Mitglied Valentin Musiol im Alter von 30 Jahren an Lungenkrankheit. Jahlstelle Döberzdorf.
Am 24. Juni starb unser lieber Kollege Johann Frische-meyer an Lungenkrankheit. Jahlstelle Lichtrungen.
Am 25. Juni starb unser treues Mitglied Ernst Fesse an Magenleiden im Alter von 54 Jahren. Jahlstelle Osunabrück (M.).
Am 25. Juni starb unser Kollege Josef Winasch aus Falkenwalde im Alter von 21 Jahren an Lungenkrankheit. Jahlstelle Biesen.
Am 30. Juni starb unser treues Mitglied Anselm Wagner aus Rüdershausen im Alter von 52 Jahren an Lungenentzündung und Herzschlag. Derselbe gehörte 9 Jahre unserem Verbands an. Verwaltungsstelle Hannover.
Am 3. Juli starb unser Kollege Peter Münchradt im Alter von 57 Jahren an Wassersucht. Jahlstelle Köhn (Maurer).
Ehre ihrem Andenken!